

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

15.6.1851 (No. 140)

Eine Mahnung an die Schweiz.

(Basler Zeitung.)

Mit der Ueberschrift „Dmüg und Bern“ bringt die „Schwyz. Ztg.“ Betrachtungen über die Lage Europa's, die Verhandlungen der Dmächte und die Krisis in Frankreich. Wir nehmen nicht gerade mit ihr an, daß in den nächsten 6 Monaten nothwendig ein welthistorischer Sturm losbrechen werde, denn politische wie atmosphärische Gewitterwolken gehen manchmal wider alles Verhoffen unschädlich vorüber; aber Das ist gewiß, Grund zu Besorgnissen erster Art ist in Fülle vorhanden. Sollen wir Schweizer die Augen davor verschließen, oder sollen wir auf die Zeichen der Zeit aufmerksam seyn? Von ganzem Herzen stimmen wir daher in folgende Bemerkungen der „Schwyz. Ztg.“ ein: Besiege man einmal in Bern die engherzigen Antipathien gegen einen untergegangenen Sonderbund, lege man einmal ab den gemeinen Charakter eines habgierigen Schuldenboten. Denke man an die Selbsterhaltungspflicht, und demnach mögen die Behörden wachen, daß in der Flüchtlingsfrage die neutrale Stellung nicht verlegt, und durch eine leichtsinnige Brandpresse unsere Beziehungen zum Auslande nicht verschlimmert werden. Schlage man einmal beherrzt den schändlichen Hochverrathspözeß nieder, daß das Bewußtseyn gleichen Rechtes in alle Schweizer zurückkehre. Spare man; die Zeit der Noth dürfte vor den Thoren seyn. Weg einmal mit der ewigen Ausschließlichkeit bei der Wahl eidgenössischer wie kantonalen Beamten; weg mit jenen provozirenden Schlagwörtern gegen Andersgefinnte; weg mit jenen radikalen Verächtlungen gegen Oppositionen; weg, Eidgenossen, mit diesen Sünden; sie sind in der That nur Parteienmacheleien. Keine Parteifeste mehr, wo man Schweizerbrüder verhöhnt, Kantone insultirt, und so die Herzen auseinander reißt; keine Rechtsverfälschung und Staatsprozeße mehr, wie im Kanton Luzern, und weg einmal mit jenem despotischen Moysesstabe, der auf unverantwortliche Weise seit vier Jahren einem guten Volkselement an der Saane tagtäglich mit Hohnschlägen und namenlosen Beerdigungen in's Gesicht schlägt. Entlasse man einmal die armen Soldaten auf dem aargauischen Spielberg und zeige man allerorts Ernst mit einer wirklichen Pazifikation der zerrissenen Nation. Dann, dann werden und müssen die Ereignisse ein einiges Volk der Schweizer finden; dann wird jeder Bürger mit Liebe oder wenigstens patriotischer Ergebung an den neuen Institutionen hängen; dann wird manches Unrecht vergessen und manches verlorne Recht verschmerzt werden. Darum, Eidgenossen! allerorts, besonders ihr in den nächsten eidgenössischen Räten, auf! zu dieser ehrenhaften, rettenden That! auf, da es noch Zeit ist! überhört die klagende Kassandra nicht, die in hundert Mahnereignissen aus dem Osten und Westen zusammen! Handelt, da es noch Zeit ist; zeigt, daß ihr euch selbst zu besiegen im Stande seyd; und wenn sie dann hereinbrechen die Stürme und Gewitter, wird sich um das aufgepflanzte alte Kreuz die Nation in feuriger Vegetation schaaren, und mit ehernem Griffel in des Schweizerlandes Geschichte eingraben: daß es noch gebe ein starkes, freies, glückliches Volk der Eidgenossen!

Deutschland.

Stuttgart. In der Sitzung vom 13. d. legte der Chef des Departements des Innern, Staatsrath v. Vinden, einen neuen Verfassungsentwurf vor. Derselbe beruht im Wesentlichen auf den gleichen Prinzipien, von welchen der im Oktober v. J. in der aufgelösten Landesversammlung eingebrachte Entwurf ausgegangen ist. Der erste Abschnitt, von dem Königreiche, dem Könige, der Thronfolge, und der Regentschaft, hat keine Abänderung, der zweite Abschnitt, welcher von den allgemeinen Rechtsverhältnissen der Staatsbürger handelt, hat mehrere, jedoch nicht erhebliche Abänderungen erlitten. Nur in Beziehung auf die Zivilische schien die Berücksichtigung der so laut ausgesprochenen Stimme des Volkes zu erfordern, daß zwar Denjenigen, welche die Eingehung der Ehe durch einen Zivillakt wünschen, Dies ermöglicht, dagegen denen, welche die Schließung der Ehe durch die Sanktion der Kirche für wesentlich erachten, kein Zwang zum Zivillakt auferlegt werde. Hierzu kommt noch der Umstand, daß die Führung der Zivilstandsbücher nicht wohl allen Ortsvorstehern und bürgerlichen Beamten hätte übertragen werden können, welche Uebertragung nicht auch ohne neue erhebliche finanzielle Opfer auszuführen gewesen wäre. Sodann wurden die näheren Bestimmungen über die Verhältnisse der Presse darin weggelassen, weil hierüber passender ein besonderes Gesetz zu ertheilen ist. Der dritte Abschnitt, von den Gemeinden und Bezirksverbänden, blieb unverändert. Im vierten Abschnitt, von den Kirchen, den Stiftungen, und der Schule, sind nur einige Fassungsänderungen gemacht worden, um Mißverständnissen vorzubeugen. Dagegen konnte es nicht die Absicht seyn, hier zugleich die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche vollständig zu regeln. Im fünften Abschnitt, von der Staatsverwaltung im Allgemeinen und von den Staatsbehörden, schien es nothig, für die Geschäftsbehandlung im Gesamtministerium etwas freiere Formen einzuführen, um auf einzelne Gegenstände nicht zu viele Zeit

verwenden zu müssen; namentlich erschien es nicht nöthig, Gesetzentwürfe im Gesamtministerium einzeln beraten zu lassen. Der sechste Abschnitt, von der Ausübung der Staatsgewalt, erhielt einige Modifikationen durch Weglassung von Bestimmungen über Gerichtsstand, Kompetenz des Schwurgerichts, Gerichtsbarkeit, Einzelrichter, Polizeistrafgewalt etc., da diese mit der bevorstehenden Gerichtsorganisation in engster Verbindung stehen und besonderen Gesetzen vorbehalten sind. Der siebente Abschnitt, von den Staatsfinanzen, blieb unverändert. Der achte Abschnitt, von dem Landtage, mußte erhebliche Änderungen erleiden, wenn die so sehr wünschenswerthe Vereinbarung ermöglicht werden sollte. Die Erste Kammer beruht vorzüglich auf dem erhaltenden Prinzip. Wenn Vorzüge der Geburt, wie im Entwurf geschieht, ausgeschlossen werden, so mußte dagegen dem großen Grundbesitz die gehörige Geltung verschafft werden. Die Erste Kammer besteht zunächst aus 20 Vertretern des Grundbesitzes, zur Hälfte mit persönlicher Stimmberechtigung, zur andern Hälfte von den Grundbesitzern gewählt; aus 16 von den Steuerpflichtigen gewählten Vertretern; aus einigen Vertretern der Kirchen und der Universität; ferner aus einigen vom König für die Periode eines Landtags ernannten Mitgliedern. Die Mitglieder der königlichen Familie treten nach erreichter Volljährigkeit, sofern sie im Lande wohnen, in die Erste Kammer ein. Die Zweite Kammer besteht aus 64 Abgeordneten der Oberamtsbezirke. Hier hat der frühere Entwurf eine erhebliche Aenderung erlitten, in so fern für die Wahlen drei Kurien (statt zwei) aufgestellt werden. Der Departementschef schloß hierauf seinen Vortrag, indem derselbe dem patriotischen Sinne der Versammlung die Prüfung und Annahme dieses Entwurfs empfahl.

Es entstand nun die Frage: ob diese Vorlage der staatsrechtlichen Kommission, etwa mit einigen Mitgliedern verstärkt, zugewiesen, oder ob eine eigene Verfassungskommission gewählt werden soll. Die Mehrheit beschließt das Letztere. Die Kommission soll aus 11 Mitgliedern bestehen. — Hierauf legte Staatsrath v. Vinden den Entwurf eines Gesetzes über Abänderungen an der Brandschaden-Versicherungs-Ordnung vor. Sie wird an die Kommission für innere Verwaltung gewiesen.

Koblenz, 13. Juni. Die hier stattgehabte Versammlung des naturhistorischen Vereins in Rheinland-Westphalen hat mit dem gestrigen Tage ihren Schluß erreicht, und ist die Zeit ihrer vierwöchigen Dauer unter erst-wissenschaftlichen Vorträgen, so wie unter Erörterungen und andern heitern, geselligen Versammlungen getheilt gewesen. Wir zählen unter den etwa 150 Gästen auch mehrere Angehörige Badens und Württembergs, so wie einige Notabilitäten aus Paris und London.

In unserer Provinz bereitet sich ein ernstlicher Widerstand gegen die ministeriellen Verordnungen vor, welche die Wiedereinführung der Kreis- und Provinzialstände von 1847 bezwecken. In einigen Kreisen protestirt man, in anderen bleibt man bei der bisherigen Kreisvertretung und ignorirt die Ministerbefehle, in noch anderen kommt es zu der Wiedereinführung des Allen durch die Bemühungen ultra-reaktionärer Landräthe. Unsere höchsten Behörden sind gegen die Reaktivierung, und täuscht nicht Alles, so wird diese Angelegenheit noch zu schweren Konflikten führen.

Hannover, 11. Juni. Dem Vernehmen nach hat Stürve als Abgeordneter der Zweiten Kammer resignirt.

Hamburg, 11. Juni. (Pr. Z.) Leider ist der Verlust an Menschenleben durch die beklagenswerthen Ereignisse am vorigen Sonntag weit größer, als man Anfangs glaubte. Sieben Tode und zwischen 30 und 40 theils schwer, theils leicht Verwundete zählt man bis jetzt. Unser Senat soll gegen die Belegung der Vorstadt St. Pauli mit österreichischen Exekutionstruppen einen energischen Protest nach Wien haben abgeben und den hier residirenden fremden Diplomaten einen ähnlichen Protest zustellen lassen.

Berlin, 11. Juni. Nach der „B. Z.“ will Dänemark sich nicht nur in Betreff der bei dem holsteinischen Kontingente anzustellenden Offiziere keine besondern Verpflichtungen auferlegen lassen, sondern verlangt noch, daß die österreichischen und preussischen Truppen aus Kiel und Rendsburg zurückgezogen werden, und wünscht, daß die Unterhandlungen mit den beiden Kommissarien in Kiel abgebrochen und in Frankfurt beim Bundestage fortgesetzt werden mögen, während es sich nicht dazu verstehen will, Kiel und Rendsburg nur von holsteinischen Truppen besetzen zu lassen.

Nach demselben Blatte bestätigt es sich, daß bis zum 1. Juli den jetzt abmarschirten bayrischen Truppen auch der Rest der noch in Kurhessen befindlichen Bundesstruppen folgen werde, da eine weitere Besetzung Kurhessens den Kommissarien nicht nothwendig erscheine; aus diesem Grunde seyen auch dem aus Kassel abmarschirten Bataillon des 13. Infanterieregiments keine weiteren Truppen gefolgt.

Berlin, 11. Juni. Die „B. Z.“ bemerkt über die vor kurzem verbreitete Nachricht, die preussische Regierung bemähe sich, Abänderungen, resp. Ermäßigungen in den Zöllen in Preußen und im Zollverein herbeizuführen, Folgendes: Ueber die speziell preussische Handelspolitik könnten so lange keine defi-

nitiven Beschlüsse gefaßt werden, als die Vorschläge der dritten Kommission der Dresdener Konferenzen nicht auf eine oder die andere Weise erledigt worden seyen; eine Herabsetzung der Zölle sey um so weniger als bevorstehend anzusehen, als der Rücktritt des Hrn. v. d. Heydt, des Repräsentanten der Schutzzölle, vorläufig nicht zu erwarten sey. Die Bevollmächtigten der Vereinststaaten auf dem Kongress in Wiesbaden hätten sich nur in Betreff einer kleinen Modifikation einzelner Zölle im Allgemeinen geeinigt, und bis zum Ablauf der gegenwärtigen Zollvereins-Periode, also bis zum 1. Januar 1854, werde der Zolltarif des Zollvereins im Wesentlichen in Gültigkeit fortbestehen, so daß sich während dieser Zeit in Preußen wie im Zollverein eine prinzipielle Herabsetzung der Zölle höchstens anbahnen lasse. Durch diese neue Mittheilung der „B. Z.“ verliert jedenfalls eine frühere Nachricht desselben Blattes, daß einer der Minister sich mit besonderer Energie für Herabsetzung der Zölle ausgesprochen, viel von ihrer Bedeutung.

Berlin, 12. Juni. (N. Pr. Z.) Der Justizminister hat vor längerer Zeit durch den Justizrath Arndt eine Denkschrift über die Modifikation der Lehne und Fideikomnisse ausarbeiten lassen, die bei der Ausführung demnach zur Grundlage dienen wird. Jene Denkschrift, deren leitender Gedanke es ist, an Stelle der gegenwärtigen Fideikomnisse „fideikommissarische Substitutionen“ zu ermöglichen, ist entschieden gegen jede Entschädigung und Abfindung der Berechtigten, die eine Zerstückelung der Fideikomnisse und eine Verringerung der Einnahmen, wie sie gegenwärtig die Besitzer derselben genießen, bewirken würde. — Den am Tage der Rechtsfrüchtigkeit des zu erwartenden Gesetzes lebenden Anwärtern soll ihr Anrecht in der Art gewahrt bleiben, daß beim Ableben des gegenwärtigen Besitzers das Fideikommiss auf den Anwärter als freies Eigenthum übergehen soll, der dann unter ihnen der nächste ist. Wenn aber zwischen dem gegenwärtigen Besitzer und den Anwärtern noch nachträglich Jemand geboren wird, der nach den bis dahin bestehenden Successionsbestimmungen den Anwärtern die Succession entzöge, dann soll das Fideikommiss freies Eigenthum des gegenwärtigen Besitzers, nicht des Nachgeborenen, werden.

Berlin, 12. Juni. Direkten Nachrichten aus Petersburg zufolge, meldet die „Lithographische Correspondenz“, hat der Kaiser von Rußland den Sohn des Prinzen von Preußen zum Chef des 8. russischen Husarenregiments ernannt.

Der Kaiser von Rußland ist in der Nacht vom 9. zum 10. d. M. von Warschau nach Petersburg abgereist. Nach getroffenen Dispositionen sollte die Kaiserin gestern Warschau ebenfalls verlassen, um sich nach Petersburg zu begeben. Es zerfallen somit alle Gerüchte von einem hohen russischen Besuch am hiesigen Hofe; auch die, welche die Kaiserin allein nach Berlin kommen ließen.

Der Prinz von Preußen befindet sich im Augenblicke auf der Rückreise von Warschau. Er wird hier nur kurze Zeit verweilen, und sich dann zu seiner Gemahlin begeben.

Königsberg, 6. Juni. (Pr. Z.) Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Stadtverein für innere Mission sein erstes Jahresfest in der dazu bewilligten königl. Schloßkirche. Aus dem Rechenschaftsbericht ergab sich, daß zu den 6 Parghalvereinen, dem Haberberg'schen, Lobenicht'schen, Altroschgärt'schen, Neurosgärt'schen, Tragheim'schen, und Sachheim'schen, kein neuer hinzugekommen ist. Die Zahl der Theilnehmer, Freunde und Wohlthäter der Vereine, belief sich auf dem Haberberge auf 157, im Lobenichte 116, im Altroschgarten auf 64, im Neurosgarten auf 94, im Tragheim auf 54, im Sachheim auf 40, zusammen auf 527 thätige Mitglieder, wobei außer den verschiedensten materiellen Beiträgen an Lebensmitteln, Kleibern, Holz etc., der Altroschgarten eine Einnahme von 84, der Neurosgarten 98, der Sachheim 90, der Tragheim über 100, der Lobenicht nahe an 200, der Haberberg über 200 Rthlr. nachwiesen, alle Vereine also gegen 1000 Rthlr. verwalten konnten.

Bei der Armen- und Krankenpflege wirkten 34 männliche und 53 weibliche Personen, von denen Kranke oder Familien besucht wurden, im Altroschgarten 80, im Neurosgarten 40, im Haberberg 71, im Sachheim bleibend 30, im Lobenicht im Laufe des Monats bis 37. Im Laufe des Jahres wurden 5300 Portionen kräftiger Suppe vertheilt. In Tragheim findet alle 14 Tage ein Kinder-Gottesdienst statt; für die konfirmirte Jugend bestehen in allen Vereinen Sonntagschulen, von denen die für Mädchen etwa 180 regelmäßige Besucherinnen zählen, während die Zahl Derer, die unter dem Einfluß derselben stehen, sich auf 300 belaufen dürfte. Jünglingsvereine bestehen im Haberberge, Sachheim, und Lobenicht, von denen der letztere der besuchteste ist und eine Bibliothek von etwa 100 Bänden besitzt.

Die erfreulichsten Resultate liefert der allgemeine Lehrlingsverein. Von über 100 eingeschriebenen Schülern, denen oft nicht unbedeutende Hindernisse in den Weg gelegt werden, besuchen ihn regelmäßig über 50 ausdauernde Theilnehmer; etwa 70 gute Volksschriften werden gelesen, mitunter welche vertheilt; ein kleiner Sparverein hat sich gebildet, und den Besessenen wird stets die regste Theilnahme geschenkt. — Ferner sind Sparvereine gegründet, an denen sich 100

Haushaltungen beteiligt haben; mit Errichtung von Volksbibliotheken ist überall schon begonnen, und auf diesem Felde zeichnet sich der Haberberg aus, wo 342 Schriften nebst vielen andern einzelnen Schriften und Traktaten fürstlich und außerdem noch etwa 440 Schriften der letztern Art durch 12 Agenten regelmäßig in 300 Häusern herumgetragen werden. Mehrere Kandidaten halten in verschiedenen Häusern Armenpredigten ab, und endlich hat der Gesellenverein nach mehreren misslungenen Versuchen einen regen Aufschwung gewonnen, ein größeres Lokal und Zeitschriften sind beschafft, der Anfang einer Bibliothek ist gemacht, und somit wird den Gesellen jeden Montag Abend Gelegenheit zur Unterhaltung und Belehrung geboten.

Halle, 9. Juni. (Magd. Z.) Als Verfasser des Buches, welches bekanntlich nicht wenig Aufsehen gemacht hat: „Vier Monate auswärtiger Politik“, hat sich in Folge der gegen dasselbe eingeleiteten Untersuchung der Professor der hiesigen Universität, Max Dunder, Mitglied der zuletzt versammelt gewesenen zweiten preussischen Kammer, genannt, und bereits eine zweimalige Vernehmung vor dem hiesigen Kreisgericht zu bestehen gehabt. Die Entscheidung über das Schuldig oder Nichtschuldig vor dem Gesetz wird durch das Berliner Schwurgericht, diejenige über das Schuldig oder Nichtschuldig vor dem gegenwärtigen administrativen Systeme durch den Disziplinarhof erfolgen.

Wien, 10. Juni. Die Gerüchte über Fortsetzung des Monarchenkongresses im August in Olmütz werden immer lebendiger. Sie finden neuen Anhalt in folgender Wiener Korrespondenz des „Constitutionellen Blattes aus Böhmen“: „Für den Monat August sind bereits mehrere hohe Gäste in Schönbrunn angefangen, deren Zahl übrigens eine ziemlich bedeutende zu werden scheint, da, wie es heißt, auch in der Hofburg Appartements zu diesem Zwecke eingerichtet werden sollen.“

Wien, 11. Juni. (D. V. A. Z.) Eine heute Mittag aus Frankfurt eingetroffene Depesche enthält die Mitteilung, daß in Frankfurt Depeschen aus Paris eingetroffen seien, welche die feststehende Absicht des Präsidenten anknüpfen, in der Frage des Eintritts Gesamtdeutschlands in Deutschland die strengste Neutralität zu beobachten. Die Gerüchte von neuen französischen Protesten, die in dieser Angelegenheit bevorstehend seien, scheinen sonach jeder Begründung zu entbehren.

Ungeachtet der bedenklichen Lage der westlichen und südlichen Länder Europas wird dennoch ein nicht unbeträchtlicher Teil des österreichischen Heeres entslassen, und wir sehen täglich große Scharen von beurlaubten oder verabschiedeten Soldaten durch Wien in die Heimath ziehen. Auf solche Weise dürfte der Finanzminister sein großes Ziel, nämlich die Wiederherstellung der Landeswährung, in nicht weit entfernter Zeit und ohne Hilfe der Geldmänner erreichen.

Wien, 11. Juni. Es verbreitet sich das Gerücht, daß Baron v. Brud den Posten eines bevollmächtigten Ministers und außerordentlichen Gesandten am Hofe von Turin an der Stelle des Hrn. v. Appony übernehmen werde. Die Reise des Kaisers nach Galizien ist, wie man dem „E. M. a. B.“ schreibt, keineswegs aufgegeben, sondern wird Anfang des nächsten Monats vor sich gehen.

Der Wiener Korrespondent des „E. M.“ sagt über die mitmachende Abänderung der österreichischen Verfassung: „Man kann weder fordern noch hoffen, daß die Konstitution vom 4. März, welche inmitten der Ruinen der alten Monarchie, auf denen sich die neue Regierung erhob, entstand, unantastbar und unerschütterlich verbleibe. Im Gegentheil, es müssen und werden mit ihr nicht unbedeutende Veränderungen vorgenommen werden.“

Österreichische Monarchie.

Venedig, 7. Juni. (Allg. Z.) Die kommissionellen Vorarbeiten wegen Wiedereröffnung des Freihafens und der diesfällige Bericht sind beendet. Derselbe soll in der ursprünglichen Ausdehnung erfolgen. Wenn die Anträge genehmigt werden, so dürfte die Freihafeneröffnung schon am 1. Juli stattfinden können.

Italien.

* Dem „Constitutionnel“ wird aus Rom vom 4. Juni geschrieben: Ich glaube Ihnen von einem in Neapel von den Herzogen von Parma, Modena, Toskana, und dem König von Neapel gehaltenen Kongress gesprochen zu haben; eine hochgestellte Person des päpstlichen Hofes hat an diesem geheimen Konferenz ebenfalls Antheil genommen, und ist aus denselben, wie man versichert, eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen allen italienischen Höfen hervorgegangen. Der Inhalt dieses Vertrags ist noch unbekannt; man hat jedoch allen Grund, zu hoffen, daß die Maßregeln, die man treffen wird, der Art sein werden, daß sie alle Ordnungsstreunde gegen die Unternehmungen der Anarchisten schügen.

Frankreich.

Paris, 8. Juni. (A. Z.) Der Prinz-Präsident besteht darauf, daß die Rede, welche er heute vor 8 Tagen bei dem Gastmahl in Dijon gesprochen hat, in ihrem Urtext zur Deffentlichkeit gelange. Im Text, welchen der „Moniteur“ veröffentlichte, war eine ziemlich lange Stelle unterdrückt, welche lautet: „Durant trois années j'ai pu empêcher le mal, mais j'ai rencontré des obstacles insurmontables à faire le bien. S'est-il agi de réprimer et de punir, on m'a prêté un appui salutaire; s'est-il agi au contraire de fonder quelque chose de durable, de fortifier l'autorité, de développer les institutions de crédit et de bienfaisance, de récompenser les vieux débris de nos glorieuses armées, de terminer promptement nos grandes lignes de chemin de fer, de donner enfin à cette démocratie qui débordait un frein et un but, alors je n'ai trouvé qu'inertie et résistance. La plupart des projets annoncés dans mes manifestes est restée, bien malgré moi, sans résultats.“

Eine zweite Stelle, welche im „Moniteur“ geändert wurde, lautete wörtlich: „Depuis que je suis au pouvoir, j'ai prouvé, ce me semble, combien en présence des grands intérêts de la société je faisais abstraction de ce qui me touche personnellement. Ni les attaques les plus imméritées, ni les excitations des impatiens, n'ont pu me faire dévier de mon devoir. Mais, si quelque jour la France pensait qu'il n'avait été donné à personne des disposer sans elle de son avenir, et qu'elle fit appel à mon patriotisme pour le protéger contre les factions, alors je mettrais à son service mon énergie et mon courage, comme j'y ai mis jusqu'à présent mon calme et ma patience. Croyez-le, Messieurs, la France ne périsera pas dans mes mains.“ Die Authentizität beider Stellen, wie ich sie Ihnen hier mittheile, wird morgen oder übermorgen von dem ministeriellen Abendblatt „La Patrie“ ihre Bestätigung erhalten.

Paris, 9. Juni. (Allg. Z.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat sowohl in Wien als auch in Berlin durch unsere Gesandtschaften anfragen lassen, welche Bewandniß es mit den nach öffentlichen Blättern längs der französischen Gränze aufzustellenden deutschen Bundesstruppen habe. Er erfahre aus wohlunterrichtetem Munde, daß die Aufschlüsse, welche Hr. Baroche hierüber erhielt, sowohl das Kabinet als auch den Präsidenten der Republik befriedigt haben.

* **Paris, 12. Juni.** Der Bericht des Polizeipräsidenten Carlier an den Präsidenten der Republik hat allgemeines Aufsehen erregt, und die öffentliche Aufmerksamkeit nochmals auf die Gesellschaft vom 10. Dezember und die Ereignisse während der Vertagung der Nationalversammlung zurückgeführt. Der „Siccle“ versichert, daß der Polizeipräsident Carlier in den gestrigen Ministerrath berufen worden ist, um Auskunft über die in dem Bericht enthaltenen Bemerkungen zu geben. Der Polizeipräsident soll sich sehr offen ausgesprochen, und alle in dem Bericht enthaltenen Behauptungen aufrecht erhalten haben. „Ich kenne die Meinung der Bevölkerung besser, als Sie — soll er u. A. gesagt haben — und ich versichere Sie, Sie haben einen falschen Weg eingeschlagen.“ — In Bezug auf die Stelle des Berichts, der zufolge eine Person einer andern für die Hälfte der Befolzung eine Stelle verschafft hätte, werden, wie man versichert, Interpellationen an das Ministerium in der Nationalversammlung gerichtet werden.

Der „Siccle“ veröffentlicht heute Morgen ein Aktensstück, um zu beweisen, daß der schon früher besprochene „Bund des öffentlichen Wohls“ (ligue du bien public) wirklich besteht und an dessen Organisation eifrig gearbeitet wird. Der „Siccle“, sehr naiv, drückt sein Erstaunen aus, daß die Polizei gegen solche Umtriebe nicht einschreite, und solche verleumdende Sachen zirkuliren lasse, welche die schon so große Aufregung des Landes nur noch vermehren könnten. Wir entnehmen der Vorrede dieses Aktensstückes Folgendes: „Mein Herr! Für alle einsichtsvollen Männer stehen wir an dem gefährlichsten Zeitpunkt der Revolution. Wenn die Ordnung auf der Oberfläche ist, so ist die Anarchie im Innern der Gesellschaft. Sie steigt empor, sie steigt in aller Stille empor, bis die Stunde geschlagen hat, in der sie über uns herfällt. Der Sozialismus ist auf seiner letzten Etappe angekommen. Er beschränkt sich nicht mehr darauf, der Verzögerung der Menge Alles Das zu überliefern, was die menschlichen Gesellschaften sie zu verehren gelehrt hatten. Dieses sind in Zukunft unnütze Kindereien. Es ist nicht mehr nöthig, die Appetite anzureizen, die Proskription anzupreisen, den Mord zu rechtfertigen. Diese ganze Arbeit ist eine vollendete Thatsache. Das Lösungswort ist gegeben, die Posten sind bezeichnet, und jeder Soldat der Anarchie erwartet das Signal der Sturmglöcke, welche in der Geschichte die Erinnerungen an 93 auslöschen soll. Am Abgang des Abgrundes zerstreut sich die Ordnungsarmee; die Nüancen zeigen sich, die Parteien greifen sich an, die Individuen führen ihre Phantasien aus, die Unentschlossenheit greift um sich, der Egoismus verschlingt uns: Dieses sind eben so viel Feinde, gegen welche wir uns vertheidigen müssen. Die Nothwendigkeit der Einheit ist dringender als je; die Parteien, die Zuchtlosigkeit, der Parteigeist, die kleinlichen Rivalitäten, die persönlichen Ehrgeize werden uns gerade nach dem Abgrund hinführen. Während es noch Zeit ist, im Namen des gemeinschaftlichen Wohls, einigen wir uns, und möge Jeder von uns, die Augen auf die Zukunft gerichtet, ohne sich zu beunruhigen, woher sein Nachbar kommt, keinen andern Glauben haben, als das unveränderliche Gefühl der Pflicht gegen das von so großen Gefahren bedrohte Vaterland. Und es würde eine seltsame Illusion, ein schuldvoller Irrthum sein, wenn man seine individuelle Unthätigkeit hinter der falschen Demuth seiner eigenen Machtlosigkeit verbergen wollte. In den Geschicken der Völker gibt es weder Große noch Kleine, weder Demüthige noch Mächtige, weder Schwache noch Starke. Im Gegentheil. Am 23. Februar fällt ein Mann durch einen Pistolenschuß, und den folgenden Tag stürzt eine Monarchie zusammen; Europa ist in Flammen und die Zivilisation wird zur Uebergabe aufgefordert! An das Werk also, all Ihr Männer, die Ihr das Gute wollt! Jeder von Euch trägt die Mittel der Wiederherstellung in sich; wer wird wagen, zu zaudern? Mit der Einheit aller Fraktionen der Ordnungspartei verschwindet das Gespenst von 1852 und Frankreich ist gerettet. Um diesen Gedanken der Einheit aber in's Leben zu rufen, um ihm einen ersten Impuls und eine hervorbringende Kraft zu geben, ist es wichtig, ohne Aufschub eine permanente und allgemeine Organisation zu bilden, eine Art Departementales, dessen friedliche und moralische Mission darin besteht, die öffentliche Meinung aufzuklären und zu leiten, die Zerstreung der Streifträfte zu verhindern und sie an einem gegebenen Momente zu versammeln, um entweder den Eventualitäten einer Wahl vorzubeugen, oder einer neuen Ueberräschung die Spitze zu bieten.“ — Wir haben auf Sie in dieser großen „ligue du bien public“ gerechnet. Es ist unmöglich, daß wir uns getäuscht; denn wir würden niemals wagen, vorauszusetzen, daß Ihr Patriotismus und Ihre Interessen nicht auf gleicher Höhe mit

dem von Ihnen verlangten täglichen Almosen stehen.“ — Folgen die Unterschriften, unter welchen man die des Generals Lugnot bemerkt, und die Statuten, die dem Minister des Innern zur Billigung vorgelegt werden sollen. Das Aktensstück ist aus Limoges datirt; ähnliche sollen ebenfalls in mehreren andern Departements zirkuliren.

Nach Briefen aus Algerien wird der Krieg gegen die Kabysten mit einer wirklich unerhörten Grausamkeit geführt. Am 19. griff der General S. Arnaud den reichen Stamm Beni-Amran an; nachdem die Kabysten nach einem mörderischen Kampfe von den Bergen vertrieben worden waren und ungefähr 130 Mann Todte gehabt hatten, wurden die Spahis zu ihrer Verfolgung abgefannt, die alle Kabysten, die sie erreichen konnten, niedermegellen und 30 Köpfe als Trophäen mit in das französische Lager brachten. 50 Dörfer dieses Stammes wurden hierauf niedergebrannt, alle Gärten verwüftet, und alle Delbäume dieses so reichen Stammes vernichtet. Am 20. wurde ein anderer mächtiger Stamm, Beni Foughal, angegriffen; 1200 Kabysten fielen in einen Hinterhalt der Franzosen; 400 blieben auf dem Schlachtfeld und nur einem sehr kleinen Theil gelang es, zu entkommen. Am 29. wurde wieder eine große Anzahl Dörfer verbrannt. 60 Araber, die in die Hände eines Bataillons des 20. Linienregiments fielen, wurden alle massakrirt. Die französischen Truppen sollten am 2. Juni wieder nach Djidjelly zurückkommen; obgleich man noch einige Kämpfe mit den Beni-Mahanas erwartet, so kann man den letzten Nachrichten zufolge doch den Krieg in Kleinfabrylien als beendet betrachten.

Von Toulon sollen drei Dampfschiffe nach den italienischen Küsten abgehen, um dort zu kreuzen.

Wie es heißt, wollen mehrere Mitglieder der Majorität einen Antrag zur Abschaffung des Dekrets der provisorischen Regierung, durch welches die Todesstrafe bei politischen Verbrechen abgeschafft worden ist, vor die Nationalversammlung bringen.

Die Revisionskommission hat heute Sitzung gehalten, ohne jedoch irgend einen Beschluß zu fassen. Berryer hat erklärt, daß er die totale Revision wolle. Edilon Barrot dagegen hat sich nur für die Revision einiger Artikel der Verfassung ausgesprochen. Es wird schwer seyn, zwei so entgegengelegte Ansichten unter Eine Kappe zu bringen; man kann daher nicht eigentlich von einer Revisionsmajorität in der Kommission sprechen. Von den Begnern der Revision haben heute Baze und Jules Favre gesprochen. Baze griff die Politik des Elysée befragt an und erklärte sich gegen alle Revision, weil dieselbe nur im Interesse der Präsidenschaftsverlängerung Ludwig Napoleons Bonaparte's gefordert werde. Jules Favre äußerte, es sey tadelnswerth, daß man erst das Land mit der Chimäre einer Revision der Verfassung in Aufregung versetzt habe, da man recht gut wisse, daß die verfassungsmäßige Majorität dafür nicht erreicht werden wird. Die Kommission hat ihre nächste Sitzung auf übermorgen anberaunt.

Spanien.

* **Madrid, 7. Juni.** Der Minister des Aeußern, Marquis v. Miraflores, hat in der Sitzung des Senats vom 5. folgende Erklärung abgegeben: Der Boden der Regierung ist die Moralität, die Ordnung, und die Gerechtigkeit. Hierin liegen die Prinzipien derjenigen Partei, die man die moderirte zu nennen die Gewohnheit hat, ohne daß man jedoch die Fortschrittspartei von diesem Boden ausschließen kann; denn ich erkenne an, daß es in der letzten Partei Männer gibt, die sehr würdig, sehr empfehlenswerth, und eben so monarchisch sind, als ich es selbst bin. Die Zeit hat eine Demarkationslinie gezogen, die nur zu sehr ausgesprochen ist, zwischen den großen politischen Parteien Europas: Monarchisten, Republikaner, Konservative, und Sozialisten; ist aber heute der Augenblick, darüber zu streiten? Die Gesellschaft ist durch die, die Religion, den Thron, und selbst die Familie angreifenden Ideen erschüttert. Die soziale Gefahr ist ungeheuer groß; versuchen wir, sie zu beschwören. Es ist für alle Männer von Ehre eine Pflicht und eine Verbindlichkeit, die erhabenen Institutionen zu vertheidigen, auf welchen alle Monarchien und alle Gesellschaften, die ihre Lebensbedingungen erhalten wollen, basirt seyn müssen. — Welche individuellen Fragen und Interessen können Stand halten vor den Fragen einer so hohen Wichtigkeit, welche die Welt in Bewegung setzen? In Wahrheit, es wäre seltsam, wenn elende persönliche Fragen einen Augenblick lang die Fragen sozialer Politik im Schach hielten! Alles muß verschwinden vor diesen heiligen Worten: Ordnung, Gerechtigkeit, und Moralität!

Großbritannien.

London, 11. Juni. (D. V. A. Z.) Zu dem großen Banket, welches die City von London am 9. Juli zum Ehrengedächtniß der großen Industrieausstellung geben, und welches auch die Königin durch ihre Gegenwart verherrlichen wird, werden bereits in Guildhall Anstalten im glänzendsten und großartigen Maßstab getroffen, da dieses Fest an Pracht und Herrlichkeit jenes große Banket der verbündeten Monarchen im Jahr 1814 noch weit übertreffen soll.

Samstag, den 28. Juni wird der Lordmayor von London die königlichen und auswärtigen Kommissäre und das Exekutivkomitee der Industrieausstellung sammt den Damen aller Eingeladenen zu einem Festmahl um sich versammeln.

Am Fingstmontag war der Ausstellungspalast von 52,400 Personen besucht; man hatte wegen des Feiertags eine größere Anzahl erwartet. Gestern belief sich die Menge der Besucher auf 49,400 Personen und die Einnahme auf 2281 Pfund Sterling.

Einem gestern allgemein verbreiteten Gerücht zufolge, für welches der französische Kommissär, Hr. Gallandrouze, als Autorität genannt wird, soll die Stadt Paris beabsichtigen, sämtliche Kommissäre zur Industrieausstellung, die Exekutivkommission, die geschwornen Preisrichter u. zu einem großen Ball und Souper einzuladen, welcher im Stadthaus

